Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Möglichkeit eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 339. **Mittwoch** den 5. December 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Verweisung auf nachstehende Verordnung machen wir hierdurch bekannt, daß die in §. 3 derselben gesetzte Frist am **18. December dss. Js.** abläuft. Wir fordern die Inhaber von elektrischen, der Genehmigung bedürfenden Leitungen hierdurch auf, ungesäumt diese Genehmigung bei uns nachzusuchen, da nach §. 7 der Verordnung über die gedachte Frist hinaus die Leitungen ohne Genehmigung nicht fortbenutzt werden dürfen, letztere aber nicht sogleich ertheilt werden kann. Denn wir haben nicht allein die Leitungen technischer Prüfung zu unterstellen, sondern auch nach §. 5 mit der Kaiserl. Ober-Post-Direction beziehentlich mit der betreffenden Eisenbahndirection in Vernehmung zu treten, ehe über eine nachgesuchte Genehmigung Beschluß gefaßt werden kann.

Leipzig, am 22. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Hennig.

Verordnung,

die Sicherung der telegraphischen und telephonischen Leitungen gegen Betriebsstörung durch andere elektrische Leitungen betreffend;

vom 12. October 1883.

Zur Sicherung der im Königreiche Sachsen bestehenden telegraphischen und telephonischen Anlagen des Reiches, des Staates und der Eisenbahnen gegen Betriebsstörungen durch andere, darunter ins Besondere die zu dynamischen, Beleuchtungs- und ähnlichen Zwecken dienenden elektrischen Leitungen wird hiermit verordnet wie folgt:

§. 1. Die nicht zu den telegraphischen und den telephonischen Anlagen des Reichs, des Staates oder einer nicht im Besitze des Letzteren befindlichen Eisenbahn gehörigen und nicht ohnehin schon nach dem Gesetze vom 21. September 1856 an eine besondere Erlaubniß gebundenen elektrischen Leitungen bedürfen hinsichtlich der Art und Weise ihrer Ausführung einer vorgängigen polizeilichen Genehmigung.

Hiervon ausgenommen bleiben jedoch solche Leitungen, welche ausschließlich zu dem, hochgespannte Ströme nicht erfordernden Betriebe elektrischer Läutewerke und sonstiger Signalvorrichtungen bestimmt sind.

§. 2. Zur Ertheilung der Genehmigung sind zuständig:
a. in Städten, in welchen die Revidirte Stadtordnung vom 24. April 1873 eingeführt ist, der Stadtrath, insoweit es sich nicht um Anlegung von elektrischen Leitungen seitens der Stadtverwaltung selbst handelt;
b. in anderen Stadt- und Landgemeinden die Bezirksamtshauptmannschaft.

Von jeder Genehmigung einer elektrischen Leitung ist unter Anzeige ihrer Lage und Richtung und der Person ihres Unternehmers der Kreishauptmannschaft gleichzeitig Kenntniß zu geben.

Soll in den unter a. bezeichneten Städten die zu genehmigende Leitung von der städtischen Verwaltung selbst angelegt werden, so hat der Stadtrath die Genehmigung dazu von der Kreishauptmannschaft einzuholen.

§. 3. Besitzer bereits bestehender elektrischer Leitungen haben die nach §. 1 erforderliche Genehmigung zum Fortbestehen der zeitherigen Anlage binnen 4 Wochen, von der Veröffentlichung dieser Verordnung an gerechnet, bei der zuständigen Polizeibehörde nachzusuchen.

§. 4. Dem an die Polizeibehörde gerichteten Gesuche ist eine Zeichnung, aus welcher die Situation der projectirten Leitung, und eine schriftliche Erläuterung, aus welcher der Zweck der Anlage, sowie die beabsichtigte Art der Ausführung deutlich ersehen werden kann, beizufügen.

§. 5. Die Polizeibehörde darf die Genehmigung nicht eher ertheilen, als bis sie der kaiserlichen Oberpostdirection, in deren Bezirke die Leitung ausgeführt werden soll, und — bei Leitungen, welche innerhalb 25 Meter Entfernung von dem zu einer Eisenbahn gehörigen Areale angelegt werden sollen — der betreffenden Eisenbahndirection durch Mittheilung des Projects nebst der dazu gehörigen Erläuterung Gelegenheit geboten hat, das Interesse der Reichs- und beziehentlich der Eisenbahn-Telegraphen zu wahren.

Zu gleichem Zwecke ist auch, wenn die zu genehmigende Leitung innerhalb der angegebenen Entfernung von einer nicht zur Staatseisenbahnverwaltung gehörigen Leitung des Staates zu liegen kommen soll, das Project nebst Erläuterung der Generaldirection der Staatseisenbahnen, welche mit entsprechendem Auftrag versehen werden ist, vor Ertheilung der Genehmigung mitzutheilen.

§. 6. Die nach §. 1 erforderliche Genehmigung wird nur unter dem Vorbehalte, daß sie jeder Zeit und ohne Anspruch des Besitzers der Leitung auf Entschädigung widerrufen werden kann, sowie unter der ferneren Bedingung ertheilt, daß die Leitung nicht zum Fernsprechen oder Telegraphiren und überhaupt nicht zu anderen Zwecken gebraucht werden darf, als zu denjenigen, für welchen die Genehmigung ertheilt worden ist.

Von dem Rechte des Widerrufs wird jedoch nur dann, wenn der zuletzt erwähnten Bedingung zuwider gehandelt oder sonst der Widerruf im öffentlichen Interesse erforderlich werden sollte, Gebrauch gemacht werden.

§. 7. Wer eine elektrische Leitung der Bestimmung in §. 1 zuwider ohne polizeiliche Genehmigung herstellt oder benutzt, beziehentlich, im Falle des §. 3, über die dort bestimmte Frist fortbenutzt, verfällt — insoweit er nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche eine höhere Strafe verwirkt hat — in eine Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechende Haftstrafe.

Dresden, am 12. October 1883.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen.
v. Nostitz-Wallwitz. Frh. v. Könneritz.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll der den Erben des Kaufmanns und Rittergutsbesitzers Herrn Rudolf Gustav **Gädecke** in Leipzig gehörige, an der Bismarckstraße unter 2581d des Flurbuchs, Folium 3142 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig gelegene Villenplatz (Bauplatz) auf Antrag der Erben

am 10. December 1883

freiwillig versteigert werden.

Es haben sich daher Diejenigen, welche dieses Grundstück zu ersteben gesonnen sind, am gedachten Tage Vormittags vor 12 Uhr, widrigenfalls sie zum Bieten nicht zugelassen werden, an hiesiger Gerichtsstelle anzumelden, über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen, ihre Gebote zu thun und zu gewärtigen, daß Mittags 12 Uhr nach Auctionsgebrauch werde verfahren und das Grundstück unter den im Termin zu eröffnenden Bedingungen dem Meistbietenden werde zugeschlagen werden.

Leipzig, am 22. November 1883.

Königliches Amtsgericht daselbst, Abth. V.
von Elterlein. Klotz.

Auctions-Bekanntmachung.

Im Auctions-Locale des unterzeichneten Rathes, **Gerberstraße Nr. 10, Hof I. Etage,** sollen
Donnerstag, den 6. December 1883,
Vormittags 9 Uhr,
1 Schreibsecretair, 2 Kleidersecretaire, 2 Sophas, 1 runder Tisch, 3 Spiegel, 1 Schneidertisch, 1 Waschtisch, mehrere Taschen- und Wanduhren, mehrere goldene Ringe, eine Partie Kleidungsstücke ꝛc. ꝛc.
an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 29. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Renker.

Nutzholz-Auction.

Montag, den **10. December** dieses Jahres sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 26a des **Burgauer** Forstreviers, in der Leutzscher Gohlge, am Leutzsch-Leipziger Fahrweg
38 Eichen-, 59 Buchen-, 10 Rüstern-, 12 Ahorn-, 17 Eschen-, 2 Maßholder-, 11 Linden- und 141 Ellern-**Nutzklötze,** sowie
45 Stück **Schirrhölzer**
unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 29. November 1883.

Des Raths Forstdeputation.

Königliches Gymnasium.

Die Anmeldungen für Ostern, bei welchen man die letzte Censur des Anzumeldenden mitbringen wolle, werden entgegengenommen
Donnerstag den 10., Freitag den 11. und Sonnabend den 12. Januar 1884
von 10 bis 1 und von 3 bis 4 Uhr.

Leipzig, am 4. December 1883.

Richard Richter, Rector.

Auction.

Donnerstag, den 6. December d. J.,
10 Uhr Vormittags,
soll im Auctionslocale des hiesigen Königlichen Amtsgerichts eine Partie Möbel, als: Schränke, Stühle, Sophas, Spiegel, ein gutgehaltener Kapp'scher Flügel u. dgl. m. an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 1. December 1883.

Fischer, Gerichtsvollzieher.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Brauereibesitzers **Alexander Kaiser** zu **Wuritz** wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 14. November 1883 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 14. d. Mts. bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Zeitz, den 29. November 1883.

Königliches Amtsgericht. I.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Lage in Spanien.

Die überaus glänzende Aufnahme, welche der deutsche Kronprinz in Spanien gefunden hat, konnte in Verbindung mit der jedenfalls hohen politischen Bedeutung seines Besuches nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit der gesammten politischen Welt wieder einmal der pyrenäischen Halbinsel zuzuwenden, deren eigenartige innere und äußere Verhältnisse gerade gegenwärtig zu einer eingehenden Betrachtung Veranlassung geben dürften.

Bevor wir mit dieser selbst beginnen, wird es sich vor Allem empfehlen, einen Blick auf die gegenwärtige spanische Monarchie, beziehungsweise auf 'das Oberhaupt derselben, Don Alfonso, zu richten, der in diesem Augenblicke gewiß nicht weniger als die ganze politische Lage Spaniens das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt. Mit Recht bemerkt in dieser Beziehung der Madrider Special-Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung", daß der junge König schon vielfache Proben einer ungewöhnlichen Klugheit gegeben, wie denn auch unser Kronprinz ihn wiederholt als einen hochbegabten Monarchen bezeichnet hat. Bei aller natürlichen Anlage, bei allem anerkannten Tact und aller Liebenswürdigkeit, lauter Gaben, die ein Geschenk der Natur sind, weist jene erwähnte Klugheit doch auf eine ganz besondere politische Reife hin, die so vortrefflich auf die Eigenart des spanischen Volkes berechnet ist, daß man während der ersten Regierungsjahre des jungen Königs mit allem denkbaren Aufwand von Scharfsinn nach jenen Rathgebern gesucht hat, die man als hinter Don Alfonso stehend vermuthete. Bis zu diesem Augenblick hat man sie aber nicht gefunden. Es ist behauptet worden, daß die auch persönlich ganz vortrefflich beanlagte Königin von ihrer österreichischen Heimath her Rathschläge empfange; andere Leute haben auf den conservativen, dem Könige persönlich allerdings sehr nahestehenden Mayordomo Herzog von Sesto, andere gar auf Morphi hingewiesen. Mag sich dies verhalten, wie es wolle, Don Alfonso hat es verstanden, unter dem Getriebe der Parteien zu wählen, abzulehnen, zu herrschen, wie etwa ein geschulter Feldherr seine Regimenter ins Feuer schickt oder zurückzieht. Dann hat auch der König blos durch seine persönliche Liebenswürdigkeit eine Anzahl Leute gewonnen, die ursprünglich ganz gewiß nicht die Absicht hatten, sich der Monarchie anzuschließen.

Trotzdem schwebt über Spanien eine von Wenigen ihrer Bedeutung nach richtig erkannte politische Wetterwolke. Wohin der Blitz einschlagen wird, das hängt vor Allem von einer Entscheidung des Königs ab, die über kurz oder lang erfolgen muß.

Betrachten wir nun die Lage, zumal mit Rücksicht auf das Verhältniß zu Deutschland, wiewohl dieses bei der unseren Politik Spaniens thatsächlich sehr wenig, ja beinahe gar nicht in Frage kommt. Unter Canovas und den Conservativen erfreute sich das Land großer Ruhe, sein Wohlstand stieg, und namentlich wuchs die Zahl der Fremden, die sich sehr behaglich fühlten. Aber das Unglück Spaniens ist, daß so viele Tausende von Menschen wieder nach jenen Stellen und Einnahmen verlangen, die ihnen früher einmal mit Recht oder Unrecht genommen worden sind. Hat man doch sogar noch unter Don Alfonso, um den leidigen Carlistenkrieg zu beenden, nicht weniger als 8000 carlistische Officiere mit Halbsold auf die Liste der Staats-Pensionaire gesetzt. Aber vom Halbsold können die Leute nicht leben. So mußten Canovas und die Conservativen zurücktreten, weil das Andrängen der hinter ihnen Stehenden zu mächtig wurde. Nun kam Sagasta, dessen Regierung in ihrer Art vortrefflich, aber dennoch keine einheitliche war. Sagasta konnte, nach seiner Vergangenheit, weder zu den Conservativen zählen, noch allzusehr nach links schwenken. Trotzdem wäre Sagasta und sein Cabinet gewiß noch lange am Ruder geblieben, wenn es nicht allzu sorglos gewesen wäre. Jedermann wußte, daß eine Verschwörung im Zuge sei, aber die Minister wußten nichts davon. Man wollte das gar nicht glauben, aber es war wirklich so. Nach dem Pronunciamento von Badajoz war das Ministerium Sagasta verloren.

Es ist allerdings richtig, daß sowohl die Conservativen unter Canovas, wie die Anhänger Sagasta's Sympathien für Deutschland hegen. Aber diese sind mehr dynastischer als nationaler Art. Die Masse des spanischen Volkes hat, wie seine übrigen lateinischen Stammesgenossen, von Deutschland und den Deutschen nur eine sehr unklare, diesen gerade nicht günstige Vorstellung. Die Römer haben bekanntlich alle nicht lateinisch sprechenden Völker als Barbaren bezeichnet, und merkwürdig genug, besteht diese Auffassung noch heute unter den Massen der lateinischen Stämme. — Was Canovas betrifft, so ist er nicht blos Politiker, sondern in seinen Mußestunden auch Gelehrter. Als solcher neigt er zu Frankreich, dessen Sprache er, wie jeder gebildete Spanier, geläufig spricht, während ihm die „rauhen" germanischen Laute, wie jedem Lateiner, „impossibil" klingen. Romero Robledo, ein junger ehrgeiziger Mann, einer der besten Redner Spaniens, ist Canovas del Castillo's rechte Hand. Er wird als Minister des Innern gepriesen, aber er war auch schon Colonienminister, Finanzminister und noch manches Andere. Er war es, der als Präsident der Akademie der Rechtswissenschaft jene hehren Lobsprüche auf unseren Kronprinzen und dessen erhabenen Vater ausgesprochen, die ihm seitens der republikanischen Presse vom Schlage des „Globo" und „Liberal" die heftigsten Angriffe zugezogen haben. Höchst eigenthümlich ist das Verhältniß zwischen Canovas und Martinez Campos, welcher als „Königsmacher" dem Throne so nahe steht. Beide sind Conservative, beide waren Freunde, aber jetzt sind sie Todfeinde aus persönlichen Gründen. Wollte König Alfonso einen Scherz machen oder die beiden Männer versöhnen, als er ihnen, wie wir aus den spanischen Blättern entnehmen, bei dem zu Ehren des Kronprinzen gegebenen Bankett Plätze genau einander gegenüber anweisen ließ?

Wir gelangen nun zu der gefährlichsten Parteigruppe, zu der sogenannten dynastischen Linken, welche aus, wenigstens äußerlich, zur Monarchie bekehrten Republikanern besteht, eine Gesellschaft, die es also mit ihren politischen Grundsätzen, je nach Umständen, nicht sehr genau nimmt. Diese „dynastische Linke" hat an ihrer Spitze die schlauesten Verschwörer Spaniens, ja zu ihr zählen fast alle „hombres de pulo", zu deutsch etwa Dolchmänner, die vor keiner Gewaltthat zurückschrecken. Der Mann, der, hinter der Bühne stehend, die Fäden dieser Partei leitet, ist Marschall Serrano, der gegenwärtige spanische Botschafter in Paris. Serrano ist überaus schlau, aber er hat es zum großen eigenen Nutzen verstanden, sich stets in den Mantel biederer Unschuld zu hüllen. Niemals ist es ihm übel ergangen. Trotz der Bande, die ihn seiner Zeit an das Herrscherhaus knüpften, hat er kein Bedenken getragen, zum Sturze Isabella's mitzuwirken. Serrano ist mit einem Worte mehr als jener wohlwollende Lebemann, für der man ihn ausgiebt. Man traut ihm nicht den Wunsch zu, Don Alfonso zu stürzen, weil dieser Wunsch, wenigstens, so weit man Serrano zur Zeit kennt, seinen Gefühlen und Interessen nicht entsprechen würde. Unter gewissen Umständen könnte aber Serrano ein sehr gefährlicher Feind werden. Moret, der Minister des Innern, ist Professor, höchst ehrgeizig und gilt, wenigstens in theoretischer Hinsicht, für einen der tüchtigsten Männer Spaniens. Als Freund sehr nützlich, als Feind höchst gefährlich ist Lopez Dominguez, der Kriegsminister. Gewandt, klug, ehrgeizig und energisch, ist er wohl die bedeutendste Person des Cabinets, dem der allerseits geachtete Posada Herrera blos den Namen giebt. Der Kriegsminister hat sehr viele Stellen neu besetzt, weit mehr als dies sonst in Spanien bei einem Parteiwechsel üblich ist. Die „Epoca" nennt das die „Contradanza militar". Aber was kommt auf die ersten Stellen an? Die mittleren machen ja Revolution, wenigstens im heutigen Spanien. Es ist überhaupt ein eigen Ding um diese Revolutionen. Vor einigen Tagen hat man die Aufrührer von Badajoz begnadigt, d. h. die „armen verführten Soldaten", wie man in Madrid zu sagen pflegt. Die Unterofficiere sind erschossen worden, die Officiere haben sich mit den in ihren Händen befindlichen Geldern aus dem Staube gemacht nach Gibraltar, Lissabon, kurz nach allen Richtungen. So verliefen von je viele Pronunciamentos. Es ist übrigens ganz logisch, daß man die Unterofficiere erschießt, denn auf diesen beruht die Mannszucht der Soldaten.

Das Ministerium hat neulich in aller Form erklärt, daß es an dem Programm der dynastischen Linken, allgemeinem Stimmrecht und Revision der Verfassung, festhält. Eine Einigung mit Sagasta, der die Mehrheit in der Kammer hat, ist aber nicht zu Stande gekommen. Auch das jetzige Ministerium kann bei Neuwahlen leicht die gleiche Mehrheit erhalten, denn das geht in Spanien so wie man einen Anzug wechselt. Aber vorher müßte die jetzige Kammer aufgelöst werden. Wird der König sich dazu verstehen? Willigt er ein, wie soll er dann auf der Bahn abwärts nach links anhalten, die, wie Castelar meint, auf friedlichem Wege zur Republik führen würde? Sagt der König „nein", so muß er sich den Conservativen in die Arme werfen, aber alsdann beginnt der Krieg mit der dynastischen Linken, dessen Ausgang gar nicht abzusehen ist. Die dynastische Linke, ohnedies sehr mächtig, ist erst zu kurze Zeit am Ruder, um ihrer Abwirthschaftung entgegen zu gehen. Dieses kurze Regiment hat jedenfalls seine Kraft verdoppelt. Wer die Sympathien der Armee besitzt, herrscht in Spanien. Aber ein König, der im richtigen Augenblick, am richtigen Orte, dreinzuschlagen versteht, wird auch stets die Armee besitzen. So ist es von jeher gewesen, und so wird es auch jetzt sein. Spanien muß eben ganz anders regiert werden, als es in den übrigen Staaten Europas Brauch ist; die Verhältnisse in Spanien haben nämlich keinerlei Aehnlichkeit mit denen anderer Länder. — Wenn auch die Wahlen stets nach dem Wunsche des jeweiligen Ministeriums ausfallen, so giebt es indeß auch in Spanien eine öffentliche Meinung, deren Macht schließlich nicht geringer ist als anderwärts. Aber diese öffentliche Meinung ist schwer zu ergründen, eine Aufgabe, die dem König zufällt, damit er zwischen jener und den Parteien die Vermittelung zu übernehmen vermag. Bisher hat das Don Alfonso vortrefflich verstanden, sei es nach eigener Ueberlegung, sei es, weil er gut berathen war. Wird er auch jetzt, nachdem die Lage allerdings besonders schwierig geworden, den richtigen Weg finden? Nur die Zukunft kann darauf Antwort geben.

Wenn man die schöne, sonst tüchtige spanische Armee kennt, so kann man kaum glauben, daß in ihr, zumal für die Republik, gewühlt werde; das erklärt sich aber, wie erwähnt, durch die Proletarier und Halbsoldmänner, welche natürlich sehr eifrige Republikaner sind. An eine Revolution glaubt zur Zeit in Spanien wohl Niemand, aber dennoch ist man darauf überaus gespannt, wie Don Alfonso sich entscheiden und wie die politische Lage sich entwickeln wird. Zwischenfälle und Ueberraschungen dürfen freilich nicht ganz ausgeschlossen werden, denn sonst hätte man es nicht mit Spanien zu thun.

Leipzig, 5. December 1883.

* Bekanntlich beabsichtigt das Centrum, in der nächsten Reichstagssession die Innungsfrage wieder auf die Tagesordnung zu bringen, indem es die wiederholt abgelehnte Bestimmung über das ausschließliche Recht von Innungsmitgliedern zur Annahme von Lehrlingen aufs Neue zu beantragen gedenkt. Offenbar mit dem Hinblick hierauf wird jetzt eine Statistik über die Wirkung des Gesetzes vom 18. Juli 1881 betreffs der Umgestaltung des Innungswesens aufgenommen. Es soll dadurch eine Uebersicht über den derzeitigen Stand des Innungswesens und die auf Grund jenes Gesetzes neuerrichteten oder umgestalteten Innungen gegeben werden. Voraussichtlich wird die jetzt aufzunehmende Statistik beweisen, daß jenes Gesetz zur Belebung des Innungswesens recht erfolgreich beigetragen hat und daß es somit neuer directer oder indirecter Zwangsmittel nicht bedarf. Um so klarer wird es werden, daß das Vorgehen der Ultramontanen mit ihren Anträgen auf Vermehrung der Befugnisse der Innungen lediglich einen agitatorischen Zweck und Charakter hatte.

* Das Centrum eröffnet jetzt seine kirchenpolitische Action und zwar hält es sich nicht mit Kleinigkeiten auf, sondern greift die preußische Maigesetzgebung gleich in ihrem innersten Wesen an. Die Partei hat einstimmig beschlossen, den Antrag auf Wiederherstellung der im Jahre 1875 aufgehobenen kirchenpolitischen Verfassungsartikel 15, 16 und 18 zu stellen. Auch hier läßt sich wieder erkennen, wie alle bisher im Interesse der Versöhnung gebrachten Opfer nur die Ansprüche der klerikalen Partei gesteigert haben; in seinen früheren Anträgen war Herr Windthorst bescheidener. Das Centrum glaubt wohl in der allgemeinen politischen Situation und den schwebenden Fragen auf anderen Gebieten des Staatslebens Berechtigung zu haben, seine Ansprüche aufs Höchste zu steigern. Die klerikale Partei ist, wie die „Germania" ausführt, der diplomatisirenden Aera müde, welche die Gesetze der Versumpfung des Culturkampfes in sich schließe. Die Halbheiten der letzten kirchenpolitischen Novellen haben sich nach ultramontaner Anschauung als ganz unzulänglich und unwirksam erwiesen; es muß wieder einmal die Forderung des katholischen Volkes nach voller Sicherung seiner Religionsfreiheit erhoben, es muß die Hauptfrage gestellt werden. Auf die hohe Betonung dieses schroff aggressiven Vorgehens des Centrums werden wir zurückkommen.

* Bei der Nachwahl eines Bürgervorstehers im Kalenberger Straßendistrict ist, wie aus Hannover gemeldet wird, der Candidat der Welfenpartei, Becker, mit 93 Stimmen gegen den nationalliberalen Candidaten Drape gewählt worden, welcher 75 Stimmen erhielt.

* Einem Gerücht zufolge hat der Kaiser von Rußland beschlossen, den Tiesstadel, d. h. die mit Verleihung des Wladimir-Ordens, sowie mit Ernennung zum Wirklichen Staatsrath bisher verbundene Erhebung in den erblichen Adelsstand aufzuheben. Der bezügliche Ukas wird noch vor Jahresschluß erwartet. An die Ministerien erging der Befehl, bereits jetzt die bevorstehenden Aenderungen zu berücksichtigen. Fortan soll der Adel nur durch einen besondern Ukas verliehen werden. Außerdem verlautet, daß die vierzehn (die verschiedenen Vorrechte gewährenden) Rangclassen aufgehoben, resp. wesentlich beschränkt und anders benannt werden sollen.

* In Konstantinopel bildet gegenwärtig das Tagesgespräch ein großer Scandalproceß, der in Vorbereitung begriffen und gegen eine Anzahl von Mitgliedern der Polizei gerichtet ist. Daß die hauptstädtische Polizei wie die der Provinzen eine große Anstalt zum Erwischen von Trinkgeldern, auch für Erpressungszwecke ist, weiß Jedermann. Daß ihre Vorgesetzten sich gelegentlich direct mit Erpressung und Diebstahl befassen, kann verbürgt werden. Der vorliegende Fall zeigt aber eine Tiefe der Versumpfung, welche selbst in Konstantinopel auffällt. Man beschuldigt über die demselben zu Grunde gelegten Thatsachen der „Kölnischen Zeitung" folgende Einzelheiten: „Vor einigen Monaten wurden einige Griechen wegen Falschmünzerei belangt, und zwar auf Angabe von mehreren Geheimpolizisten. Bei einigen der Gefangenen stellte sich ihre Unschuld bald heraus, andere wurden länger in Gewahrsam gehalten. Zuletzt aber gelang es den Angeklagten, mit einer Wahrscheinlichkeit, die jetzt schon an Beweisklarheit grenzen soll, nachzuweisen, daß die Geheimpolizisten selber die Falschmünzerei betrieben, daß sie dann ihre Werkzeuge bei den Griechen versteckt, hierauf die Griechen beschuldigt und ihre Einziehung veranlaßt hatten, um von ihnen noch Befreiungsgelder zu erpressen. Es dauerte lange, bis die höheren Organe der Polizei und Justiz davon Kenntniß nahmen, die Griechen schlugen aber — Lärm in der Presse, die ganze Sache wurde an die Oeffentlichkeit gezogen, und so kommt sie denn jetzt zu gerichtlichem Austrag."

* Der französische Finanzminister, Herr Tirard, hat in der Deputirtenkammer mit mehr Glück operirt als in der Budgetcommission. Indem er den Behauptungen der Republik feindlichen Parteien entgegentrat, daß Ackerbau, Handel und Industrie des Landes darniederlägen, berief er sich auf die Ziffern der Zollstatistik, um nachzuweisen, daß in einer ganzen Reihe von Manufacturartikeln der Export wesentlich zugenommen habe. Namentlich führte Herr Tirard die seidenen